

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, 28.08.2019, um 17:30 Uhr
Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr Sitzungsende: 19:42 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. Bestätigung der Schriftführerin und Stellvertreterin
5. Berufung der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten
6. Berufung der Senioren- und Behindertenbeauftragten
7. Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag
8. Beratung und Beschlussfassung der Aufnahme der Erhaltung des Kulturlandes und der ländlichen Räume als Leitziel der Landkreisentwicklung
9. Beratung und Beschlussfassung über die fachbehördliche Einbeziehung und Sicherung der Rechtsanwendung des Denkmalschutzgesetzes bei dem Verkaufsvorgang des Denkmals Schloss Steinhöfel
10. Beratung und Beschlussfassung über den MLUL-Erlass, in dem die staatliche Betreuung von Wald ab einer Fläche von 10 ha pro Privateigentümer ab 2020 verboten ist.
11. Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018
12. Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018
13. Beschlussfassung zur 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung
14. Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung (AES)
15. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz - Kummerow
16. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 von Ortsausgang Wendisch Rietz nach Dahmsdorf.
17. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6744 Abschnitt 020 OD Kolpin.
18. Baubeschluss zur Innensanierung der Schulsporthalle der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15

19. Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Landkreises Oder-Spree an den Schriftsteller, Herrn Dr. h. c. Günter de Bruyn
20. Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016
21. Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016
22. Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
23. Örtlicher Beirat gemäß § 18d SGB II - Berufung der Vertreter
24. Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2020 bis 2023 ff
25. Bestätigung des Kulturbeirates des Landkreises Oder-Spree
26. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung der Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde
27. Information des Landrates

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
 - 1.1. Information über bereits getätigte Vergaben
 - 1.1.1. Vergaben Neubau Spree-Oberschule und Schulsporthalle Fürstenwalde
 - 1.1.1.1. Los 07 Alu-Glas-Fassade und Fenster
 - 1.1.1.2. Los 09 Heizung
 - 1.1.1.3. Los 12 Starkstromanlagen
 - 1.1.1.4. Los 20 Trockenbau
 - 1.1.1.5. Los 06 Dachabdichtung und -klempner
 - 1.1.2. Vergabe SG Kreisliche Infrastruktur/Straßenaufsicht
 - 1.1.2.1. Bauleistungen K6755 1. und 2. Bauabschnitt
 - 1.2. Vergabeentscheidung: Stromlieferleistungen
 - 1.3. Vergabeentscheidung Neubau Spree-Oberschule Fürstenwalde - Los 3 Außenanlagen
 - 1.4. Informationen über kommende Vergaben "zwischen den Kreistagen"
 - 1.4.1. Vergaben Neubau Spree-Oberschule und Schulsporthalle Fürstenwalde
 - 1.4.1.1. Los 15 Putzfassade
 - 1.4.2. Vergabe SG Kreisliche Infrastruktur/Straßenaufsicht
 - 1.4.2.1. Bauleistungen Modernisierung Spreeradweg 1., 2. und 4. Bauabschnitt
 - 1.4.2.2. Bauleistungen K6747 1. und 2. Bauabschnitt

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann weist darauf hin, dass sich einige Verschiebungen ergeben hätten und Beschlussvorlagen zurückgezogen worden seien. Zudem bittet er um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Sonstiges“.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wird im Anschluss die Tagesordnung in der aktuellen Fassung verlesen und um Abstimmung gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 3 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Es wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich geheim abgestimmt werden muss, es sei denn, dass ein Beschluss herbeigeführt werde, dass einstimmig offen abgestimmt werden kann.

Sodann stellt Herr Papendieck den Antrag auf offene Abstimmung mit dem Ergebnis:

einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende bittet um Benennung der Vorschläge:

Herr Wachsmann schlägt Herrn Mathias Papendieck vor.

Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet; um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 3

Zu TOP 4 Bestätigung der Schriftführerin und Stellvertreterin

Zur Schriftführerin wird Frau Ziesmer, zur Stellvertreterin Frau Kuhley – beide Mitarbeiterinnen des Kreistagsbüros - vorgeschlagen und um Abstimmung gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Berufung der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten Vorlage: 057/2019

Herr Lindemann bezieht sich in seiner Erläuterung auf die im Vorfeld geführten Diskussionen und dass die Neubesetzung mit einigen Schwierigkeiten – wie die Änderung der Hauptsatzung - verbunden gewesen sei. Er sei gebeten worden, für eine ausgewogene Aufgabenverteilung zu

sorgen; daher habe er die Belange der/des Integrationsbeauftragten der Gleichstellungsbeauftragten zugeordnet.

Die interne Stellenausschreibung erfolgte am 27.06.2019 und es wären vier Bewerbungen eingegangen. Nach umfangreicher Prüfung habe sich das Auswahlverfahren sehr schwierig gestaltet und die Entscheidung sei auf Frau Mareike Scobel gefallen.

Herr Schroeder moniert, dass der Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration nicht beteiligt worden sei, dieser jedoch eng mit dieser „Stelle“ zusammenarbeiten müsse.

Der Vorsitzende betont, dass die Bestellung durch den Kreistag erfolgen müsse, nicht jedoch durch den Fachausschuss und im Vorfeld bereits Diskussionen stattgefunden hätten.

Herr Dr. Zeschmann beantragt

Zurückstellung der Beschlussvorlage,

so dass in den Fachausschüssen darüber noch einmal diskutiert werden könne.
Insofern bittet er um die **Offenlegung der Unterlagen** des Auswahlverfahrens.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass inzwischen bekannt sei, dass die Stelle lange Zeit unbesetzt gewesen sei und eine Zeitverzögerung der Besetzung zusätzliche Probleme mit sich bringe.

Herr Schroeder wiederholt den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann.

Herr Fachtan schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an und bittet, die lange Zeit nicht besetzte Stelle nunmehr zu vergeben. Er beantragt

eine Sondersitzung des Fachausschusses Soziales, Gesundheit und Migration vor dem nächsten Kreistag einzuberufen,

so dass die Unterlagen gesichtet und über offene Fragen diskutiert werden könne.

Herr Dr. Zeschmann äußert, dass das Verfahren seiner Meinung nach nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde und er hier dringend Klärungsbedarf sehe.

Herr Papendieck ergänzt die Ausführungen des Vorsitzenden, dass die Problematik der unbesetzten Stelle schon mehrmals im Kreistag besprochen wurde und jeder das Recht habe, in die Unterlagen Einsicht zu nehmen und bis zum Kreistag noch genügend Zeit bleibe.

Herr Wachsmann bittet ebenso, eine Sondersitzung des Fachausschusses im Vorfeld des Kreistages einzuberufen.

Herr Lindemann bittet um **Abstimmung über den Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es erfolgt die Abstimmung über die Weitleitung der Beschlussvorlage in den Kreistag.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Berufung der Senioren- und Behindertenbeauftragten
Vorlage: 058/2019**

Unter Bezugnahme auf TOP 5 informiert Herr Lindemann, dass die Ausschreibung parallel gelaufen sei. Es hätte fünf Bewerber gegeben, wobei eine Bewerbung zurückgezogen worden sei. Weiterhin erläutert er die Inhalte der umfangreichen Prüfung; die Entscheidung sei für Frau Andrea Schokat gefallen.

Herr Schroeder beantragt,

die Beschlussvorlage in die Sondersitzung des Fachausschusses Soziales, Gesundheit und Migration (siehe TOP 5) zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: ***einstimmig zugestimmt***

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung, ob die Beschlussvorlage in den Kreistag weitergeleitet werden soll.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

**Zu TOP 7 Einführung der papierfreien Arbeit im Kreistag,
Vorlage: 6/DIE LINKE/2019**

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass der Antrag im Ergebnis der Beratungen in den Fachausschüssen überarbeitet wurde. Die Überarbeitung sei als Tischvorlage verteilt worden.

Herr Dr. Zeschmann führt aus, dass er bereits im Finanzausschuss einen Antrag gestellt habe, die Kosten des „Papierdienstes“ gegenüber zu stellen.

Weiterhin stelle sich ihm die Frage, inwieweit auch die sachkundigen Einwohner bei der Anschaffung der Technik einbezogen werden sollten und er gebe zu bedenken, dass keinerlei Kosten der Anschaffung bekannt seien. Insgesamt fehle hier der Überblick. Auch sollte davon ausgegangen werden, dass eine Einweisung zum Umgang mit der Technik und den Programmen erfolgen müsse.

Er beantragt die Zurückstellung des Antrages.

Herr Buhrke bezieht sich auf den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann; die Verwaltung müsse ggf. die Kosten für das bisherige Verfahren für das Versenden der Unterlagen im Sitzungsdienst erst zusammentragen.

Herr Fachtan ergänzt, dass es einerseits eine Frage der Gewohnheit sei, wie mit Technik umgegangen werde. Einige halten lieber Papier in der Hand, andere benutzen moderne Technik. Er sei der Auffassung, dass der Verwaltungsaufwand reduziert werden könne.

Die Forderung nach der Aufrechnung der bisher entstehenden Kosten sehe er ebenso als zusätzlichen Verwaltungsaufwand an. Jedes Detail aufzuschlüsseln, sei unnötig und ungenau.

Herr Dr. Zeschmann betont noch einmal, dass er keine Entscheidung treffen könne, wenn keine Informationen zu den Kosten vorliegen.

Er würde den Antrag befürworten, wenn Inhalt des Beschlusstextes lauten würde: „Der Kreistag beschließt eine Prüfung der Einführung der papierlosen Kreistagsarbeit ...“

Herr Schroeder äußert, dass eine Umstellung auf ein neues System im ersten Moment etwas anstrengender sei. Für ihn würde es die Gremienarbeit attraktiver gestalten, zudem im digitalen Zeitalter durch die Technik vieles erleichtert sei. Eventuell müsse die Satzung geändert werden, da sich durch die Einladungen per Mail die Fristen ändern. Einen Schritt in die Zukunft zu gehen, wäre für ihn der richtige Weg.

Herr Aulich unterstütze den Antrag, da die Mehrzahl der Abgeordneten bereits im Bürger- und Ratsinformationssystem arbeiten würden und er eine Entlastung der Umwelt in Bezug auf die Papierverschwendung sehe.

Herr Gebauer erachtet es als wichtig, dass weitere Informationen über den Umgang mit der neuen Technik gegeben werden. Die Unkenntnis bringe eine gewisse Vorsicht mit sich, die zur Ablehnung führen könne.

Herr Dr. Pech legt dar, dass sich der Landkreis im Vergleich zu anderen Teilen des Landes in puncto Technik im Zeitverzug befinde. Wenn man die Frage stelle, welche Probleme mit der Organisation und den Finanzen verbunden wären, könne die Verwaltung die Erfahrungen aus dem Landkreis Märkisch-Oderland vergleichen.

Es sei nicht zwingend, dass jeder diese Technik nutze. Es sollten die Bedingungen geschaffen werden, dass die Möglichkeit bestehe. Inwieweit Schulungen bei der Einführung der Technik angeboten werden müsse, werde sich zeigen.

Abschließend bringt Herr Lindemann zum Ausdruck, dass man sich dem Fortschritt in der Technik nicht entgegenstellen dürfe. Er selbst sei auf Papier sozialisiert, aber der Wandel lasse sich nicht aufhalten. Es bestehe nicht die Absicht, abrupt etwas einzuführen, sondern jeder sollte die Chance erhalten, sich mit der Thematik zu beschäftigen.

Es erfolgt die Abstimmung:

1. über den Antrag auf Zurückstellung von Herrn Dr. Zeschmann:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

2. über den Antrag in der Hauptsache:

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 8 Beratung und Beschlussfassung der Aufnahme der Erhaltung des Kulturlandes und der ländlichen Räume als Leitziel der Landkreisentwicklung, Vorlage: 7/AfD/2019

zurückgezogen

**Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über die fachbehördliche Einbeziehung und Sicherung der Rechtsanwendung des Denkmalschutzgesetzes bei dem Verkaufsvorgang des Denkmals Schloss Steinhöfel
Vorlage: 8/AfD/2019**

Herr Fachtan erläutert den Anwesenden den Antrag.

Herr Lindemann teilt daraufhin mit, dass er sich anlässlich einer Pressemitteilung im vergangenen Jahr an das Ministerium gewandt und gebeten habe, dass – wie jetzt im Antrag ausgeführt – der Landkreis über Verkaufsvorstellungen informiert und insoweit eine Transparenz geschaf-

fen werde. Somit sollte sichergestellt werden, dass die Denkmalfunktion erhalten bleibe und in Steinhöfel müsse berücksichtigt werden, dass der Park öffentlich zugänglich ist und der Gemeinde gehöre. Bei einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der Schlösser GmbH wurde erläutert, dass auch künftig informiert werde, wie sich Verkaufsverhandlungen gestalten, aber keinerlei Mitspracherecht des Landkreises bestehe. Es werde ausdrücklich darauf geachtet, dass die Belange des Denkmalschutzes eingehalten werden. Es bestehe ein Pachtvertrag für das Schloss Steinhöfel, welcher ca. noch zwei Jahre laufe. Es gäbe Interessenten, jedoch noch keine verbindlichen Verträge.

Auch über das Ministerium sei keine Lösung möglich, da es sich hier um eine ausschließliche Angelegenheit der Schlösser GmbH handele, die zu einer Veräußerung gedrängt worden sei. Wie das Ergebnis auch aussehen mag, könne der Denkmalschutz nicht untergraben werden.

Der Vorsitzende biete jedoch an, ein Auskunftersuchen an das Land richten werde, um eine Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Veräußerung zu erhalten. Hier würde er auch noch einmal die Hinweise auf die Denkmalschutzbelange hervorheben.

Herr Fachtan bittet zu bedenken, dass in Anbetracht der Veräußerungen anderer denkmalgeschützter Gebäude man sich nicht darauf verlassen könne, dass alles richtig laufe.

Herr Dr. Pech schließt sich den Ausführungen von Herrn Lindemann an. Der Landkreis sei hier rechtlich nicht zuständig. Der Landkreis sei vielmehr eine Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung; nicht jedoch die hier zuständige Landesbehörde. Die Landesbehörde stehe nicht einmal in der Pflicht, Auskunft zu erteilen. Was der Kreistag ausrichten könne, wäre, den Landrat aufzufordern, in diesem Sinne dem Land gegenüber zu treten.

Auf Nachfrage zieht Herr Fachtan den Antrag der Fraktion AfD zurück.

zurückgezogen

Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den MLUL-Erlass, in dem die staatliche Betreuung von Wald ab einer Fläche von 10 ha pro Privateigentümer ab 2020 verboten ist, Vorlage: 9/AfD/2019

Herr Fachtan erläutert die Hintergründe des Antrages.

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Antrag des vorigen TOP; die Situation stelle sich analog. Der Wald sei Teil der Kulturlandschaft und es liege im Gemeinwohl, diesen zu erhalten. Allerdings könne der Kreistag nur Beschlüsse im Kompetenzbereich fassen. Hier handele es sich um das Hoheitsgebiet des Ministeriums.

Die einzige Möglichkeit bestehe darin, Auskunft über die Vorhaben zu erhalten und darauf hinzuweisen, dass ein wichtiger Bestandteil des Gemeinwohls erhalten bleiben soll. Hier müsse jedoch erst die Landtagswahl abgewartet werden.

Herr Fachtan zieht daraufhin den Antrag zurück.

zurückgezogen

Zu TOP 11 Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018, Vorlage: 048/2019

Herr Buhrke informiert auf Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann, dass Verluste entstanden seien, weil die Kalkulation nicht ausreichend gewesen sei. Vielfältige Faktoren seien maßgeblich, die er näher erläutert.

Der Werksausschuss würde sich umfangreich damit befassen, so dass die Wirtschaftlichkeit nicht in Gefahr geraten und die Umweltrelevanz gewahrt bleiben würde.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 12 Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2018, Vorlage: 049/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 13 Beschlussfassung zur 1. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes KWU-Entsorgung, Vorlage: 051/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung (AES)
Vorlage: 052/2019**

Herr Dr. Stiller merkt an, dass er in der Liste der beteiligten Ausschüsse den Umweltausschuss vermisste. Die Zuständigkeitsordnung würde es jedoch vorsehen.

Herr Buhrke teilt daraufhin mit, dass es für die Zukunft so gehandhabt werden könne. Er sehe den Werksausschuss jedoch als speziellen Fachausschuss an, der sich mit diesen Themen auseinandersetzen gesetzt und konzentriert daran gearbeitet habe.

Auf Nachfrage, ob Herr Dr. Stiller die Behandlung im Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt beantrage, ergänzt er, dass es die Ansicht der Mitglieder des Ausschusses selbst gewesen sei, dass Themen – wie Abfallentsorgung – dort besprochen werden.

Er bittet insoweit um Beachtung für die Folgejahre.

Herr Luhn ergreift das Wort und erwidert, dass der Werkausschuss die Umweltproblematik bei wichtigen Entscheidungen bisher in den Mittelpunkt gestellt habe. Das Ergebnis sei auf den Deponien erkennbar.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 2

Zu TOP 15 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz – Kummerow, Vorlage: 040/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

Zu TOP 16 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 von Ortsausgang Wendisch Rietz nach Dahmsdorf, Vorlage: 041/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 17 Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6744 Abschnitt 020 OD Kolpin, Vorlage: 042/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 18 Baubeschluss zur Innensanierung der Schulsporthalle der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15
Vorlage: 045/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 19 Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Landkreises Oder-Spree an den Schriftsteller, Herrn Dr. h. c. Günter de Bruyn, Vorlage: 044/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 20 Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016, Vorlage: 046/2019

Herr Dr. Zeschmann bittet um das Wort und teilt mit, dass aufgefallen sei, dass die Sparkasse Oder-Spree regelmäßig Überschüsse aufweise. Es stelle sich ihm die Frage, warum der Gewinn weiter vorgetragen werde, anstatt Ausschüttungen vorzunehmen.

Herr Lindemann beantwortet, dass hierzu durch die Vertreter des Verwaltungsrates eine Beschluss gefasst wurde. Er bittet auch zu berücksichtigen, dass der Landkreis gemeinsam mit der Stadt Frankfurt (Oder) Träger sei und das Eigenkapital ständig aufgestockt werden müsse, da seit der Finanzkrise eine ziemlich restriktive Politik durch die EZB bzw. die BaFin-Bank betrieben werde. Befürchtet werde ein weiterer Anhalt der Niedrigzinsphase.

Herr Wachsmann bringt zum Ausdruck, dass Vorsicht bezüglich einer Gewinnausschüttung geboten sei und andere Probleme im Vordergrund stünden. Als Beispiel benennt er das Aufstellen von Geldautomaten.

Herr Dr. Pech schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an und betont, dass der Aufsichtsrat der Sparkasse der rechtlich geforderten Erhöhung der Eigenkapitalquote hinterherlaufe. Das sei eine Grundlage für die Existenz der Sparkasse.

Es müsse auch beachtet werden, dass die Sparkasse eine Vielzahl von Ausgaben und Aufgaben habe, die über Zuwendungen an den Landkreis gezahlt werden (z. B. im Sport, Schuldnerberatung) und die mit Zahlungsflüssen verbunden seien.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 21 Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2016, Vorlage: 047/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 22 Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder Spree, Vorlage: 050/2019

Herr Lindemann informiert, dass die Bestellung der Rechnungsprüfer durch den Kreistag zu erfolgen hat. Er stellt Herrn Franz Wallschläger vor und erläutert den erforderlichen Werdegang zur Bestellung.

Herr Buhrke erläutert auf Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann bezüglich der einzuhaltenden Fristen weitere Hintergründe und Vorschriften.

Im Anschluss wird um Abstimmung gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 23 Örtlicher Beirat gemäß § 18d SGB II - Berufung der Vertreter
Vorlage: 053/2019/1

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 24 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree
im Zeitraum 2020 bis 2023 ff, Vorlage: 054/2019

Herr Buhrke bittet zu beachten, dass die Beratungsfolge geändert wurde, um den Ausschüssen und den Gemeinden genügend Zeit zur Beratung zu geben. Eine Beschlussfassung könne erst im Kreistag im Dezember erfolgen.

Herr Dr. Zeschmann kritisiert, dass bereits mit Beschluss des Kreistages festgelegt wurde, dass die Schulen in Schöneiche und Erkner gebaut werden. Er bittet, diese Punkte in der Prioritätenliste zu überarbeiten.

Herr Luhn merkt dazu an, dass die Angelegenheit im Bildungsausschuss besprochen werden müsse und bezüglich der Schulen hier keine Entscheidung im Vorfeld getroffen werden könne.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich, da es sich bei dem derzeitigen Stand um eine Informationsvorlage handele.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 25 Bestätigung des Kulturbeirates des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 043/2019

zurückverwiesen

Zu TOP 26 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt (Oder) zur Durchführung der Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde, Vorlage: 056/2019

Frau Teltewskaja informiert die Anwesenden über die Hintergründe und den Inhalt der Vereinbarung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 27 Information des Landrates

Der Vorsitzende ergänzt weitere Informationen zur Festveranstaltung am 01.09.2019.

Er bittet weiterhin um Mitteilung, ob die Fraktionsvorsitzenden an den geplanten Veranstaltungen teilnehmen werden.

Herr Lindemann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Rolf Lindemann
Vorsitzender des Kreisausschusses

Sina Ziesmer
Protokollantin